

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pultitz und die Gemeinde Dorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und Gebrüder Mohr. Verantwortlich für den Heimatkreis, Sport und Anzeigen Walter Hoffmann, Pultitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pultitz. D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pultitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pultitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 145

Mittwoch, den 24. Juni 1936

88. Jahrgang

## Simon verteidigt Baldwin Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei abgelehnt

London, 24. Juni.

Das Unterhaus hat die Aussprache fortgesetzt, die am Donnerstag durch Edens Rede eingeleitet wurde. Die Aussprache wurde damit eröffnet, daß der Führer der Opposition, Attlee, den Antrag einbrachte, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, weil ihr Mangel an Entschlossenheit in der Außenpolitik das Ansehen des Landes gemindert, den Völkerbund geschwächt und den Frieden gefährdet habe. Für die Politik der Regierung gebe es keine Erklärung. Der Angriff der Arbeiterpartei richtete sich gegen die ganze Regierung. Er halte es nicht für fair, daß der Außenminister allein angegriffen werde. Er habe seine Pflicht getan, und niemand könne annehmen, daß er dabei sehr glücklich sei. Eden habe großes Ansehen genossen. Das habe er nun verpielt. (Beifall der Opposition und Aufse der Konservativen: „Nein!“) Die Regierung habe von Anfang an einen Mangel an Entschlossenheit bewiesen, die Sanktionen anzuwenden. Die Regierung habe sich geweigert, ein Risiko für den Frieden einzugehen und habe damit das Land in eine gefährliche Lage gebracht. Baldwin sei nicht der Mann, dem man Vertrauen schenken könne. (Beifall der Opposition, stürmische Gegenkundgebungen der Regierungspartei.)

Hierauf erhob sich der Innenminister Sir John Simon, um Attlee zu antworten. Daß der Völkerbund einen schweren Rückschlag erlitten habe, sei bedauerlicherweise richtig. Es sei nicht gelungen, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines Völkerbundsmitgliedes aufrechtzuerhalten. Die Frage sei aber, ob dieser Rückschlag die Schuld der britischen Regierung sei.

Die Opposition habe kein Recht, der Regierung vorzuwerfen, daß der Völkerbund nicht weitergegangen sei. Die Völkerbundsaktion sei prompt erfolgt, und das sei dem britischen Außenminister zu verdanken gewesen. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe rechtlich gar nicht die Vollmacht, die Ausfuhr von Öl zu verbieten. Eden habe eine Desperre beantragt. Es sei daher unfair, die Nichtanwendung der Desperre der britischen Regierung als ein Verbrechen anzurechnen. Man müsse die Sanktionen einstellen, da der italienisch-äthiopische Krieg zu Ende sei. Das sei auch die Meinung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der das Waffenembargo aufgehoben habe.

Eingehend setzte sich Sir John Simon dann mit Lloyd Georges Kritik an der Regierungspolitik auseinander. Noch vor einem halben Jahr habe Lloyd George selbst die Sanktionen als einen teuren und gefährlichen Scherz bezeichnet. Man müsse die Lage so hinnehmen, wie sie sei. Man könne sie nur ändern, wenn man die Mitglieder des

Völkerbundes zu militärischem Vorgehen bereitfinden würde. Tatsache sei, daß kein einziges Mitglied des Völkerbundes bereit sei, Gewalt anzuwenden.

Er, Simon zweifle nicht daran, daß die britische Flotte zeigen würde, was sie könne. Aber angesichts der gegenwärtigen Lage in Europa und der schweren Gefahren, von denen England näher der Heimat umgeben sei, sei er nicht bereit, auch nur ein einziges Schiff zu opfern, selbst wenn es sich um eine erfolgreiche Seeschlacht für die Sache Abessinien handelte. (Regierungsbeifall.)

Man diene dem Völkerbund besser, indem man prüfe, wie der Völkerbund gestärkt werden könne, um solche Enttäuschungen in Zukunft zu vermeiden. Welchen anderen Kurs wolle die Arbeiteropposition vorschlagen? (Zurufe der Regierungsmehrheit: „Krieg!“) Die Arbeiteropposition habe, so stellte Simon fest, kürzlich gegen den Ergänzungshaushalt für die Unterhaltung der Streitkräfte im Mittelmeer und ebenso gegen die Ausgaben für diese Streitkräfte überhaupt gestimmt. (Minutenlanger und stürmischer Beifall der Regierungsmehrheit.) Er verlange daher, daß der Mißtrauensantrag abgelehnt werde.

Sir Archibald Sinclair (Oppositionsliberaler) erklärte, es sei nicht wahr, daß man die Sanktionen durchprobiert habe. Es sei daher auch nicht wahr, daß sie fehlgeschlagen seien. Die Regierung werfe die Waffe der Sanktionen fort in einem Augenblick, in dem sie zu wirken beginne. Der Enttäuschungssturm im Lande sei größer als zur Zeit der Hoover-Laval-Krise. Der Kampf könne fortgesetzt werden, aber die Regierung verliere die Nerven.

Dagegen griff der Konservative Churchill Evans die Sanktionsfreunde lebhaft an. Das Land habe ein Recht zu wissen, ob die Arbeiterpartei bereit sei, bis zum Kriege zu gehen, um die Unabhängigkeit Abessinien wiederherzustellen. Die unmittelbaren Interessen Englands lägen längs der Grenzen Belgiens, Hollands und Frankreichs. Die französische Armee sei der Schutzschild, hinter dem England wieder aufsteigen könne. Die Stabsbesprechungen seien absolut wesentlich für die britische Sicherheit.

Wie es im britischen Interesse gelegen habe, daß Napoleons Marsch auf Moskau fehlgeschlagen sei, so würde es auch im britischen Interesse liegen, daß jeder andere Marsch auf Moskau fehlschlage.

Der Abgeordnete, der bezeichnenderweise die Wiederherstellung der deutschen Hoheit im Rheinland und die Anektion Abessinien auf eine Stufe zu stellen bemüht war, schloß seine Ausführungen, indem er nach dem Muster französischer Chauvinistenblätter Deutschland alle möglichen dunklen Absichten unterföb.

Nach Beendigung der Sanktionsaussprache im englischen Unterhaus wurde der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung Baldwin mit 384 gegen 170 Stimmen abgelehnt; damit ist das Schicksal der Sanktionen besiegelt.

## Fundament der Friedenspolitik

Dr. Groß über Bevölkerungs- und Rassenfragen

Der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Groß, sprach im Humboldtklub, dem Sammelpunkt der in der Reichshauptstadt studierenden Ausländer, über die deutsche Bevölkerungs- und Rassenpolitik.

Zur bevölkerungspolitischen Lage erklärte Dr. Groß, daß die starke Aktivität der Partei und der deutschen Regierung keine Ausdehnung der biologischen Kraft, die zwangsläufig zu Auseinandersetzungen führe, bedeute. Vorum es heute in Deutschland gehe, sei die Bestands-erhaltung der Volkzahl. Allein zur Bestandserhaltung reichen die ein wenig angestiegenen Geburtenziffern der letzten Jahre noch immer nicht aus. Das deutsche Volk hat Ursache, seine bevölkerungspolitische Lage ernst zu nehmen. Das Ausland aber hat Grund zu erfahren, daß es falsch ist, das Wachstum der Geburtenziffern mit dem Wachstum der Bevölkerungsziffer gleichzusetzen. Die deutsche Bevölkerungspolitik trägt keine aggressive Note.

Eine andere Frage, die im Ausland häufig mißgedeutet worden ist, sind die Maßnahmen auf dem Gebiete der Erb- und Rassenpflege. In einer Generation wird Deutschland mit einem Problem fertig sein, das heute die zivilisierten Staaten der ganzen Welt bedroht. Nicht vom sozialen oder wirtschaftlichen Standpunkt soll die Verhütung erbkranken Nachwuchses betrachtet werden,

allein vom ethischen Standpunkt ist die Verhütung erbkranken Nachwuchses zu begründen,

weil wir glauben, daß es einfach mit den Grundsätzen des Mitleids und der Moral nicht zu vereinbaren ist, zuzusehen, wie die Träger erblicher Krankheiten ihr Leid immer wieder in unschuldigen Kindern fortpflanzen. Dieser Gedanke ist so zwingend, daß sich ihm niemand verschließen kann.

Dann wandte sich Dr. Groß einem anderen strittigen Gedanken der Rassenpolitik zu. Als Manoa an

Objektivität und Wissenschaftlichkeit bezeichnete er es, wenn man bestreitet, daß es Menschenrassen gibt. Die Wirklichkeit zeigt, daß es Menschen verschiedener Art gibt, nicht nur leiblich, sondern auch seelisch verschieden, und zwar aus erblichen Gründen. Wenn wir sagen, die Rassen sind verschieden, dann werten wir nicht. Trotzdem ist es menschlich verständlich, daß für jeden Menschen das Volkstum, zu dem er gehört, als Norm, als Idealgestalt in ihm lebendig ist und ihm dadurch als Höchstwert erscheint. Auch wenn wir die Rassenmischehe verbieten, werten wir nicht. Wir verhindern aber damit die tragische Entwicklung der Menschen, die nicht Juden sind, da die Mutter Nichtjüdin ist, und die nicht Deutsche sein können, da der Vater Jude ist, und wollen verhindern, daß am Ende ein bedauerndes Individuum, das keine Heimat hat, entsteht. Die deutsche Rassenpolitik richtet sich bei dieser Betrachtungsweise gegen kein Land und kein Volk, außer gegen die Juden.

Die Judenfrage in Deutschland war zu einem innerpolitischen Problem geworden, weil der Jude alles zerschlagen hat, was Religion, Kultur und Sittlichkeit heißt und außerdem Träger des Volksewismus war.

Das aber ist keine Ideologie, die sich eines Tages gegen andere richten könnte. Deutschland verfißt das Prinzip der einzig richtigen und christlichen Toleranz; die eigene Art rein zu halten und die anderen zu respektieren. Das ist kein aggressiver, sondern ein auf das eigene Wohl beschränkter Standpunkt, der ein künftiges Fundament für eine Weltfriedenspolitik abzugeben in der Lage ist.

### Zum 1000. Todestag König Heinrich I.

Gedung des ersten deutschen Volkskönigs durch die NSDAP. Berlin, 24. Juni. Am 2. Juli sind es 1000 Jahre her, daß König Heinrich I., der Schöpfer des ersten deutschen Volksreiches und erste wahrhaft deutsche König, seine Augen für immer schloß. Aus Anlaß dieses Gedenktages findet am 1. und 2. Juli in Quedlinburg, der alten Pfalz Heinrichs des Voglers, eine große Gedenkfeier statt, die von den Schutzstaffeln der NSDAP veranstaltet wird.

### Gedenkstunde für Kurt Eisler

Im Stadion des Luftschiffhafens wurde eine Leistungsschau gezeigt, bei der das Führerkorps der Bewegung, an der Spitze Gauleiter Kube, sowie Vertreter der Wehrmacht, der Reichs- und Staatsbehörden anwesend waren. Alle Gliederungen der Bewegung zeigten Ausschütze aus ihren Arbeitsgebieten. Einen eindrucksvollen Abschluß bildete ein Aufmarsch aller Beteiligten vor dem Gauleiter.

Auf dem Friedhof in der Lektower Vorstadt fand am Grabe von Kurt Eisler, der vor fast zwei Jahren durch Mörderhand fiel, eine Gedenkfeier statt. Politische Leiter und SA-Männer hielten stumme Wacht. Der Gauleiter dankte dem treuen Toten noch einmal für sein Opfer. Das Lied Horst Wessels hallte über den Gottesacker, und die Arme erhoben sich zum Grusse.

Der BDM hat die Aufgabe, die gesamte weibliche Jugend Deutschlands nicht allein weltanschaulich, sondern auch körperlich zu erziehen. Leibesübungen zu treiben ist die Pflicht besonders unserer Gemeinschaft, die sich der Zukunft verantwortlich fühlt. Der Wert des BDM für das deutsche Volk hängt nicht zuletzt von dem Ernst ab, mit dem die Mädel im BDM ihre körperliche Ausbildung betreiben.

Balbur von Schirach.

